

Kubi  
Sabi  
B.C.T.  
5.70

# Gilt immer: Vielfalt statt Einfalt – offen für jede Meinung



UNIVERSITÄTSZEITUNG  
**KARL-MARX-UNIVERSITÄT**

Sächsische  
Landesbibliothek  
- 5 10 90  
2 gr 2 45



Ausgabe  
Nr. 30 / 1990  
Leipzig,  
1. Oktober

## Oktober '90: Auch für alle UZ-Leser ein ganz toller Monat

Dienstberatung des Rektoratskollegiums:

### Alle startklar für das neue Studienjahr 1990/91

(UZH. R.) Die Dienstberatung des Rektoratskollegiums mit den Dokumenten, Sektions- und Institutedirektoren am 20. September unter der Leitung von Rektor a. i. Prof. Dr. Gerald Leutert widmete sich aktuellen Fragen der weiteren Förderung des Demokratisierungsprozesses der KMU am unmittelbaren Beginn des neuen Studienjahres 1990/91. Zunächst stellte der Rektor Herrn Hans-Ludwig Schneider aus Göttingen vor, der derzeit an der Leipziger Uni befähigt ist bei der Einführung in die mit der Tätigkeit eines künftigen Universitätskanzlers verbundene umfangreiche Verwaltungsaufgaben.

Weitere Schwerpunkte der Dienstberatung bildeten der Verfassungsentwurf (siehe Seiten 3 bis 5) sowie die Rektorwahl, die auf einem erneuten Konzil Ende Oktober/Anfang November vorgesehen ist.

Weitere Informationen betrafen die Neubereinigung Seite 21 sowie das Vorhaben des Senats, einen Vertrauensausschuss zu bilden, der sich u. a. auch mit Fragen der Rehabilitierung beschäftigen wird. Abschließend gab Dr. Joseph Paulus, Leiter der Rechtskanzlei, Hinweise zur weiteren Handhabung des Arbeitsrechts, besonders hinsichtlich der Tarifautonomie, der Mitbestimmung sowie spezieller sozialer Fragen. Detaillierte Informationen dazu werden den Leitern in Kürze übergeben; sie sind ebenfalls in der Rechtskanzlei abrufbar.

Rektor und Leiter der Struktureinrich-

tungen diskutierten des weiteren den derzeitigen Stand des Stellens der Vertrauensfrage. Zur Klärung eventuell strittiger Fragen beschloß die Beratung, auf Empfehlung des Rektoratskollegiums (in Koordination mit dem Senat) eine entsprechende Kommission zu bilden.

Zum Tagessordnungspunkt „Haushaltplan 2. Halbjahr“ referierte Verwaltungsdirektor Dr. Volker Schenderlein und machte dabei sehr nachdrücklich klar, daß es im Prinzip strenger Sparsamkeit in allen Bereichen auch künftig keinerlei Abschüsse geben darf. Dr. Schenderlein informierte über die Aufgaben der nach einem Senatsbeschuß am 7. September konstituierten Haushalt- und Planungskommission der KMU.

Rektor und Leiter der Struktureinrich-

### Blockiert Bürokratie unsere Gastfreundschaft?

Herder-Institut: „Tag der offenen Tür“

(UZ) Zur Gesprächsrunde „Ausländer in Leipzig“ u.a. mit den Ausländerbeauftragten der Stadt und des Bezirkes Leipzig und einer Vertreterin der Volkspolizei und hatte der Direktor des Herder-Institutes Dr. Wenzel am „Tag der offenen Tür“ seines Institutes eingeladen. Diskutiert wurde vor allem der gegenwärtige problematische Zustand rechtlicher Regelungen für Ausländer. Zwar bleibt das Ausländergesetz der DDR laut Einigungsvertrag noch bis zum 31. Dezember in Kraft, doch ein Beschuß der Volkskammer über die geltende Durchführungsbestimmung zum Ausländergesetz seit dem 1. August macht die Handhabung für Aufenthaltsgenehmigungen undenkbar schwierig. So darf eine Aufenthaltsgenehmigung laut Durchführungsbestimmung nur noch erteilt werden, wenn eine Einreisegenehmigung nebst Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung von der entsprechenden Auslandsvertretung vorliegt. Voraussetzung dafür ist im Fal-

le von ausländischen Studierenden auch eine Studienzulassung der zuständigen Einrichtung. Diese wurde, soweit noch möglich, anvispflchtige Ausländer verschickt, da die Einreise zum Zwecke des Studiums ebenfalls nicht mehr mit einem Touristenvisum, sondern nur noch mit einem Studentenvisum möglich ist. Problematisch wird die Regelung nun bei Ausländern, die am Herder-Institut oder an der KMU noch bis zum 31. Dezember anreisen. Laut Rechtslage müßten sie wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden, um dort einen korrekten Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung nach den neuen Regelungen zu stellen. Da die Verantwortlichen solches Vorgehen für unzumutbar halten, entschlossen sie sich, nach Abschluß der Diskussionsrunde in einem gemeinsamen Schreiben an das Innensenministerium in Bonn um Sonderregelungen für die Übergangsphase bis zum 31. Dezember zu bitten.



### Hinweise zur Personalratswahl

(UZ-Korr.) Gemäß Paragraph 12/Paragraph 57 des Gesetzes zur sinnvollen Anwendung des Bandespersonalvertretungsgesetzes ist im Hochschulbereich der Karl-Marx-Universität ein Personalrat und eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen. Der Personalrat besteht aus 21 Mitgliedern.

Gewählt werden kann nur, wer in einem gültigen Wahlvorschlag aufgenommen ist. An der KMU existieren 5 Listen (OTV/GEW, Direktorat Wirtschaft- und Soziäleinrichtungen, DAG, Sektionspersonalräte, Sektion Fremdsprachen).

Wahllokale befinden sich im Hauptgebäude, Raum 2-22, in der Ritterstraße 16, Raum 110; sowie in der Linnestr. 3 (Technikum Analytikum). Wer wählbar ist, ist bitte den Aushängen zu entnehmen. Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Wahlvorstandes, Dr. Ackermann, Sektion Mathematik, Tel. 7 19 35 10.

Die Wahllokale sind geöffnet: 10.10.,

12.00—17.00 Uhr, 11.10., 7.00—11.00 Uhr.

Dortüber hinaus haben alle Beschäftigten des Hochschulbereiches die Möglichkeit, am Freitag, dem 12. Oktober 1990, 12.00—15.00 Uhr, im Hauptgebäude, Raum 2-21, ihre Stimme abzugeben.

Die öffentliche Auszählung der Stimmen und die Sitzung des Wahlvorstandes, in der das Wahlergebnis abschließend festgestellt wird, findet am 12. Oktober um 15.00 Uhr im Hauptgebäude, Raum 2-21 statt.

Für die vom Wahlvorstand einzuhaltenden gesetzlichen Fristen für Aushänge und öffentliche Bekanntmachungen ist der Aushang im Foyer des Hauptgebäudes maßgeblich. Der Wahlvorstand ist bemüht, die Informationen schnell an die Einrichtungen weiterzuleiten.

Am 8. 10. beginnt um 15.00 Uhr im Senissaal (Ritterstraße) ein öffentliches Forum der Spitzenkandidaten zur Personalratswahl (Liste 1/OTV/GEW).

### Was wir im Personalrat wollen:

Dr. Karin-Heidrun Eulenberger, Tierärztin, Oberärztin an der Veterinärpathologie der Veterinärmedizinischen Fakultät: Das Personalvertretungsgesetz setzt in der Darlegung der Aufgaben des Personalrates Schwerpunkte, die Grundsatz unseres Handelns sein werden. Dazu gehören: die Wahrung der Interessen der Beschäftigten durch Kontrolle der Durchführung von Gesetzen, Verordnungen, Tarifverträgen, Dienstverträgen usw., die zugunsten der Beschäftigten gelten; die Wahrung des Grundsatzes der Behandlung nach Recht und Billigkeit ohne Unterschied . . . die Wahrung des Grundsatzes der Objektivität und Neutralität; die Wahrung der Rechte Schwerbehinderter und Schutzbedürftiger. Diesem letzgenannten Personenkreis möchte ich meine besondere Aufmerksamkeit widmen. Als Schutzbedürftige sehe ich vor allem ältere Menschen, alleinerziehende Mütter, Frauen mit pflegebedürftigen Familienangehörigen, Mütter mit arbeitslosen Ehemännern, Frauen, die Jahrzehnte lang die Doppelbelastung durch Haushalt und Familie neben den Anforderungen durch Beruf und Qualifizierung kompensieren müssen, junge Mütter, die die Wiedereingliederung in den Beruf nach Ablauf des Babyjahrs anstreben, aber auch Auszubildende und junge Absolventen und Assistenten. Meine Forderungen lauten: Priorität den sozialen, nicht den marktwirtschaftlichen Aspekten bei der Umganglichkeit von

Kündigungen, Umschulung statt Entlassung bei erforderlichen Strukturveränderungen, Durchsetzung der Gleichstellung der Frauen auf allen Ebenen.

Wolfgang Birkholz, Sektion Informatik: Die Personalräte sind eine tragende Säule in der sozialen Marktwirtschaft; d.h., wir müssen eine echte Vertretung der Arbeitnehmer sein. Die Personalräte müssen z.B. Kündigungen, die nicht auf tragfähigen Konzeptionen der Einrichtungen basieren und durch Sozialpläne unterstellt sind, verhindern, um eine Willkür gegen einzelne Arbeitnehmer zu vermeiden. Eine Gesellschaft ist nur insoweit auch sozial, insoweit auch ihre schwächsten Glieder in ihr eine Existenzberechtigung haben. Das bedeutet nicht, daß im alten System „großgewordene Leiter“ ihnen überflüssig erscheinende junge Mütter entlassen. Vergessen diese „neuen Mütter“, daß sie auch Kinder haben? Es ist nicht vergessen, wer unter welchen Umständen unser Land dem Ruin nahe gebracht hat. Die Erneuerung der Gesellschaft kann nicht allein auf Kosten ihrer „schwächsten Glieder“ erfolgen. Sie muß von oben her beginnen! Zuerst muß gefragt werden: Wer sind die kreativen und produktiven Leiter, die die Verantwortung für die ihnen unterstehen Mitarbeiter wahrnehmen können?

**1. 10.: Willkommen für alle Studenten  
2. 10.: Arbeitstagung des KMU-Konzils  
ab 3. 10.: DEUTSCHLAND – EINIG VATERLAND!**